

EINSCHREIBEN

Landesgericht Korneuburg

z. Hd. Fr. Mag. Lydia Rada

Landesgerichtsplatz 1

2100 Korneuburg

Betrifft: 501- Hv 3/21p

Innsbruck, 24.02.21 III

Sehr geehrte Fr. Mag. Lydia Rada,

jetzt, nachdem ich Ihnen alles frei von der Leber schriftlich mitgeteilt habe fühle ich mich ein wenig erleichtert. Da Sie ja eine Stunde Hauptverhandlung anberaumt haben, hätte ich Ihnen dies in der mir zur Verfügung stehenden Zeit, das alles in so kurzer Zeit, einfach nicht ausführlich näherbringen können, da ja auch Zeit für die zwei Zeugenvernehmungen der HNaA-Mitarbeiter, sowie vom ORF-Journalisten Erich Moechel sowie der Person die diese Schadenshöhe behauptete, benötigt werden wird. Ich denke ich muss gar nicht mehr viel sagen, da ich dies alles ja ausführlich schriftlich darlegte. Natürlich bin ich gerne bereit Rede und Antwort zu stehen und Ihnen noch weitere Details und weitere Zusammenhänge aufzeigen zu versuchen.

Der HNaA ist ja schwer ÖVP-lastig, wie ganz Niederösterreich seit langer, langer Zeit auch. Das Abwehramt ist mehr ,SPÖ-lastig, kann man im Profil erlesen. Wie man auch erlesen kann: *„Im Parlament gibt es zwecks Kontrolle der Bundesheer-Geheimdienste einen **ständigen Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses, dessen Mitglieder auf strengste Verschwiegenheit vereidigt sind. Warum, das verstehen die meisten von ihnen selbst nicht: Man erfahre dort ohnehin nichts, murren sie. Nach den Enthüllungen des früheren US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden **musste das Bundesheer nun jedenfalls eine Tatsache bestätigen: Das Heeresnachrichtenamt arbeitet mit dem US-Militärgeheimdienst NSA zusammen. ... Bei der Kooperation zwischen HNA und NSA geht es um Größeres: Die Militär-Geheimdienste beider Länder tauschen seit mehr als 50 Jahren sensibles Material aus.** Dass damit flagrant gegen die Bundesverfassung konkret gegen das Neutralitätsgesetz verstoßen wurde, kümmerte nie einen der Beteiligten. ... Die österreichischen Horchstationen waren Teil einer Peilkette, die sich von Norwegen über Deutschland bis nach Italien zog. Bloß: Norwegen, Deutschland und Italien waren NATO-Mitglieder, und **Österreich war angeblich neutral** ... Das Bundesheer selbst konnte mit all dem (Anmerkung: ausspionierte Daten) herzlich wenig anfangen. Sein Geheimdienst war nicht einmal imstande, die von ihm aufgezeichneten Bänder auszuwerten.*** Ende Ausschnitte Profilartikel.

Das ich von der Tiroler ÖVP (Agrarunrecht, u. v. m. siehe <https://www.dietiwag.org>) aber auch von Kurz, Sobotka und weiteren ÖVP-Bossen nicht gerne gemocht werde, ist meinem Aktivismus zuzuschreiben. Ich habe Sebastian Kurz 12 offene Briefe mit staatlichen Missständen unter die Nase gerieben, und er zeigt nach wie vor einen Unwillen die offensichtlichen Missstände zu beheben. Nicht nur zur Königswarte habe ich über 280 Videos und Beiträge gemacht, sondern auch über lange Zeit das Thema Großspenden führen die Demokratie ad absurdum mit über hundert Videos und Beiträgen sowie offenen Briefen behandelt. Das mit den **Großspenden** zusammenhängende rechtliche Problem

neben dem demokratiepolitischen Problem, ist/war ja auch den allermeisten unklar. Hier ein Textauszug, welchen ich Frau Bierlein in einem offenen Brief am 11.06.19 zugesendet habe.

Demokratiedefizit 1: Der Umstand, dass „**Großspenden**“ der Wirtschaft an Parteien, Vorfeldorganisationen und Politiker, **politische/wirtschaftliche Interessen verfolgen**, und daher als **Schmier- und Anfütterungsgelder** angesehen werden müssen, sollte ebenfalls gesetzlich berücksichtigt, also Großspenden ausgeräumt werden.

Warum? Da, wenn z. B. ein Geschäftsführer eines Konzerns oder einer Kapitalgesellschaft „Spendengelder“ an Parteien ohne „Gewinn oder Nutzen“ für den Konzern/Kapitalgesellschaft zahlt, würde er **Firmenvermögen veruntreuen/verschleudern** und entgegen den wirtschaftlichen Interessen der Eigentümer (Aktionäre, Gesellschafter) handeln. Ergo: Also verfolgen diese „Spendengelder“, welche als Schmiergelder anzusehen sind, zweckgebundene Interessen der Zahler. Wer zahlt, schafft an! Was beim Geldempfänger allerdings die Anfütterung auslöst, Vorteilmacht im Amt und die Demokratie ab absurdam führt bzw. zu einer Elitendemokratie/Oligarchie macht.

Zudem ist zu vermuten, dass die „Spenden-Schmiergelder“ bei den **Zahlern als Betriebsausgaben steuerlich abgesetzt werden!** Warum? Weil man in doppelten Buchführungen nicht einfach das Parteispendingeld rausnehmen kann, da das Geld sonst fehlen würde. ... Wenn es „Spendengelder“ sind, die keinen wirtschaftlichen Nutzen für den Betrieb haben, sind es KEINE Betriebsausgaben, da sie keinen wirtschaftlichen Zweck für den Betrieb verfolgen. Hier müssten alle Spendengeldzahler **STEUERN für diese Spendengelder dem Finanzamt zurückerstatten.** Zudem handelt es sich bei den „Spendengeldern“ um unbesteuertes, also nicht endbesteuertes Geld.

Leben wir in einer Schmiergeldrepublik? In einer Oligarchie? Hier gehört dringend Abhilfe, da sonst die Demokratie zur Farce wird und mit Großspenden die Demokratie ad absurdum geführt wird.

Derzeit sieht es so aus, als hätten zwei demokratisch nicht gewählte Organisationen, der Raiffeisen Mischkonzern und die Industriellenvereinigung - mehr politischen Einfluss - als die überwiegende Mehrheit der Österreicher zusammen. Und zwar die ganze Zeit, nicht nur alle vier-fünf Jahre bei der Wahl. Diese beiden größten Parteifinanziers sind zugleich die größten privaten Anzeigenschalter in Österreich und werden medial nicht kritisiert. So wie die Landeshauptleute und Bürgermeister größerer Städte auch nicht kritisiert werden, da die die Vergabekompetenz der staatlichen Mediengelder besitzen. Die Hand die einem füttert, beißt bzw. kritisiert man nicht.

Ein Textausschnitt zum Thema Parteienfinanzierung von Barbara Blaha aus einem kürzlich erschienenen Artikel in der Presse mit dem Titel: **Wenn das Scheckbuch, den Wahlzettel schlägt:** „*Wenn Reiche anfangen, ihre Macht auf die politische Sphäre auszudehnen, führen sie das demokratische Prinzip ad absurdum: Scheckbuch schlägt Wahlzettel. Um gerade das*

zu verhindern, haben wir eigentlich die öffentliche Parteienfinanzierung. Private Großspenden an Parteien unterlaufen diese Idee aber. Sie sind nichts anderes als legale institutionalisierte Korruption. Wenn dann auch noch diverse Umgehungsstrukturen, Kick-back-Zahlungen, Leistungsübernahmen durch Dritte und andere Vorteilsgewährungen ohne ernsthafte Konsequenzen bleiben, können einem schon begründete Zweifel an den Motiven hinter den vorhandenen Regelungen kommen. Großspenden abschaffen!“

Siehe dazu auch das von Markus Wilhelm aufgedeckte **Schwarzgeldsystem der Industriellenvereinigung**, welche ihre Parteispenden nicht mal offenlegen muss.
<http://www.foehn.org/S18a.htm>

Ende Textausschnitt offener Brief Bierlein – hier kann man den gesamten Brief nachlesen.
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/06/11/offener-brief-hilferuf-der-zivilgesellschaft-demokratierechtsstaathausverband-an-bundeskanzlerin-brigitte-bierlein-van-der-bellen-fraktionsfuehrer-medienvertreter/>

Im Fadenkreuz von zwei Nachrichtendiensten

die mich mit konstruierten fingierten Anschuldigungen ins Gefängnis bringen wollen!

Heeres-Nachrichtenamt

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ UND TERRORISMUSEKÄMPFUNG
BVT
REPUBLIK ÖSTERREICH
MINISTERIUM FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

Beihilfe beim US-Drohnen-mordprogramm

Verfassungsbruch Königswarte!

Gerichtsfall LG Korneuburg!

Mit freundlichen Grüßen aus dem per Amtsmissbräuche verfassungswidrig agrarausgeraubten Tirol, Klaus Schreiner